

Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt.

Angeichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute mehr als je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angeichts der Tatsache ferner, daß der Krieg die . . . Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst . . . die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3.

Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats.

Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpatriotische Propaganda des Abstützens und der Schiedsgerichte, durch das Anrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentstrübene zur offenen Lösung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung, sowie durch sein Versagen im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewußt, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4.

Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluß aller linksradikalen Elemente zu einer neuen, . . . Arbeiterpartei und sie erfordert endlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.

Dieser Resolution steht eine Resolution des Genossen Henke, des Führers des bremischen Parteizentrums, gegenüber, die folgenden Wortlaut hat:

Die Beschlüsse der Konferenz vom 7. Januar 1917 sind durch die Entwicklung der Parteiverhältnisse überholt und können für das Wirken der Opposition nur noch bedingt maßgebend sein.

Das Vorgehen des Parteivorstandes und Parteiaussschusses sowie der sich ihnen anschließenden Bezirks- und Kreisvorstände hat insbesondere den entscheidenden, d. h. grundsätzlichen Kampf gegen die Politik vom 4. August und alle ihre Vertreter im Rahmen der Partei unmöglich gemacht.

64

Die Spaltung der Partei ist dadurch zu einer unerkennbaren Tatsache geworden und hat die gesamte Opposition vor neue Aufgaben gestellt.

Tat gegen Tat! Der Sozialdemokratische Verein Bremen erklärt sich nicht nur solidarisch mit allen durch die Gewaltmaßregeln des Parteivorstandes und seiner Gefolgschaft vergewaltigten Parteimitgliedern, er fordert diese auch auf und will ihnen, soweit sie im Bereich seines Wirkungskreises sich befinden, behilflich sein zum schleunigen, selbständigen organisatorischen Zusammenschluß. Nichts richtiger als das Wort des Parteivorstandes: Es muß Farbe bekannt werden. Wer jetzt nicht mit der Opposition ist, der ist gegen sie.

Die organisatorische Zusammenfassung aller zum entschiedensten Kampf gegen die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten bereiten Genossinnen und Genossen, sowie die Schaffung einer eigenen Presse ist deren vorerst dringendste Aufgabe. Nächstes wird und muß sich gedrängt und gefördert durch den Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung die Austragung der grundsätzlichen und taktischen Gegensätze innerhalb der Opposition vollziehen.

Bis es möglich ist, die theoretischen und praktischen Resultate dieser Auseinandersetzungen zu ziehen, müssen für die Opposition im allgemeinen das Erfurter Programm und die Beschlüsse der Parteitage wie der internationalen Kongresse gelten.

#### Zeugen und Rufer.

Günstigste Bedingung für die Lohnarbeit ist möglichst reiches Wachstum des produktiven Kapitals, heißt nur: Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichtum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigeren Bedingungen wird ihr erlaubt, von neuem an der Vermehrung des bürgerlichen Reichtums, an der Vergrößerung der Macht des Kapitals zu arbeiten, sich selbst die goldenen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich herschleift.

Marx, Lohnarbeit und Kapital (1849).

Und wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden.

Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852).

So wenig es euch gelingen wird, den Glauben zu erzwingen hier ist ein Verbrechen, wo kein Verbrechen ist, so sehr wird es euch gelingen, das Verbrechen selbst in eine rechtliche Tat zu verwandeln. Ihr habt die Grenzen vermischt, aber ihr irrt, wenn ihr glaubt, sie seien nur in eurem Interesse vermischt. Das Volk sieht die Strafe, aber es sieht nicht das Verbrechen, und weil es die Strafe sieht, wo kein Verbrechen ist, wird es schon darum kein Verbrechen sehen, wo die Strafe ist.

„Rheinische Zeitung“ (1842).

Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, daß die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Mitglieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren. . . . Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.

Deutsch-französische Jahrbücher (1844).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 9

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
.: Aumunderstraße Nr. 23. :.

Bremen, den 3. März 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,  
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

#### Inhalt:

Wir und die Andern . . . . .	Seite 65
Unterm eigenen Banner (Schluß) . . . . .	67
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen . . . . .	68
Die polnische Frage in ihrer historischen . . . . .	70
Entwicklung. Von M. Bronski (Fortf.) . . . . .	70
Aus unserm politischen Tagebuch . . . . .	72

#### Wir und die Andern.

Von P. L.\*

... Aber welche Blasphemie  
mußt er von dem Mönch jetzt hören;  
dieser sprach: „Der Lausees-Tontof  
möge sich zum Teufel scheren!“

„Gilt nichts mehr der Lausees-Tontof?  
Was soll gelten? Zeter! Zeter!! . . .“  
Heine: Disputation.

Wenn Luther gegen Eck oder der toledanische Rabbi gegen den Gerodian der Kapuziner disputierte, ging es um nichts größeres als es jetzt geht in dem Kampf der Opposition gegen die in den sozialdemokratischen Instanzen vertretene politische, wirtschaftliche, geistige, moralische Reaktion. Vielleicht sogar ging es damals um ein Geringeres. Man stritt ja nur um das Heil im damals wie heute unbekanntem Jenseits. Heute geht es um das Heil von Millionen Seienden, Brüdern, die bluten. Und um die Erlösung von Uebeln, die nicht im Jenseits drohen;

\*Dieser Artikel entstammt der Feder eines hervorragenden Genossen der Gruppe „Internationale“. Wir bringen ihn gern zum Abdruck, um so mehr, als er durchaus dem Charakter der „Arbeiterpolitik“ entspricht. Worin wir von ihm abweichen, ist nur die Auffassung, daß ein Teil der Arbeiterschaft sich noch zu dem Standpunkt des Linksradikalismus entwickeln könnte. Diejenigen Elemente der Arbeiterschaft, die, wie Herzfeld, Henke, Dittmann, den jüngeren Jahrgängen angehören, haben in den bald drei Kriegsjahren Zeit und Gelegenheit in Fülle gehabt, diese Entwicklung mindestens anzubahnen. Aber heute erklärt Herzfeld in aller Öffentlichkeit vor den Berliner Arbeitern, daß die Frage der Massenaktionen einstweilen nur akademischen Charakter habe, heute rührt Dittmann keinen Finger, wenn in seinem Blatte der heftigste Kampf gegen die Linksradikalen geführt wird, heute entwickelt Henke vor den Bremer Arbeitern eine Auffassung des Parlamentarismus, die völlig der alten parlamentarischen Praxis entspricht. Und das ist sozusagen das grünste Holz der Arbeiterschaft. Die Ideologie des Parteizentrums stützt sich auf ganz reale Dinge: sie ist der Ausdruck aller Interessen, die ihre Wurzeln in dem Gefüge großer, ausgebaute Organisationsformen haben, und sie unterscheidet sich hierin im Prinzip gar nicht vom Sozialpatriotismus und seinen Lebensbedingungen. Daher auch die Furcht der Arbeiterschaft vor einer nochmaligen organisatorischen Spaltung.

Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

die im Hienieden sind und die jeder kennt, selbst wenn er, wie Scheidemann's G. m. b. H., nur eine Automobiltour zur Front gemacht hat. Es geht um eine Welt und um eine Weltanschauung.

In den Sinnen vielleicht den Gegensatz ahnend, in Worten ihn nicht aussprechend, in den Handlungen ihn vertuschend, hat die Arbeitsgemeinschaft bislang den Kampf geführt. In diesem Kampfe traten an die Stelle der Handlung die zwischen Haase und Ebert oder anderen „Borkämpfern“ der bezüglichen bewährten Sache gewechselten Grobheiten. Von ihnen spricht man nicht. An die Stelle der Worte trat ein Aktenfäsel und an die Stelle des Gedankens eine Phrase oder vielmehr zwei. Von diesen dreien ist zu reden.

Die die sozialdemokratischen Instanzen und die Arbeitsgemeinschaft trennenden Gegensätze werden ausgetragen unter der Form der Auslegung der §§ 24 ff. der Organisationsstatuten. Diese Paragraphen sind der Fels, auf dem Haase die Kirche der Zukunft will aufbauen. Der Parteivorstand ist aber ein „hartnäckiger und verstopfter Sünder“. Auf Haases „Bezugnahme“ auf den § 24 streckt Ebert die Junge heraus, beruft sich Haase auf § 25, so macht ihm Ebert eine lange Nase, stützt Haase sich nun gar auf § 26 dieser heiligen Codicis so bezieht sich Ebert gegenbeweislich — auf Göz von Berlichingen. Dieser Prozeß hat damit geendigt, daß im abgekürzten Verfahren — im Wege der einstweiligen Verfügung, würden die Juristen sagen — die Firma Haase vor der Türe saß. Trotz der schönsten Paragraphen. Es ist eben kein Paragraphenprozeß gewesen, sondern ein Kampf unter dem Faustrecht und im Faustrecht — Haase als guter Anwalt müßte das wissen — gibt es nur einen Rechtsgrund: die stärkere Faust.

Immerhin muß man gestehen: ganz in den Formen trockensten Zivilprozesses hat sich die Sache nicht abgepielt. Es gibt noch ideale Worte im Leben und moralische insbesondere. So haben beide Streitmächte den Kampf ihrer Führer mit einem lebhaften Schützenfeuer begleitet, in dem moralische Platzpatronen gegeneinander verfeuert wurden. Die beiden Chöre standen gegeneinander und sangen einen Wechselgesang:

Wir sind die Echten — Und wir sind die Gerechten.  
Das schwoll manchmal zu einer Stärke an, daß man denken mußte an einen Sommerabend, an dem ein Hund an einem Froschteich stand. Die Frösche quakten und der Hund boll. Die Frösche quakten lauter und der Hund sah, daß es mit der Stimme nicht ging. Er sprang ins Wasser und schnappte zu. Darauf war plötzlich Ruhe.

Ich kenne die Psychologie des Froschteiches nicht, aber ich wette: selbst die Frösche bildeten sich nicht ein, sie hätten Weltgeschichte gemacht.

Doch nun ist der Prozeß zu Ende und das Gequacke hoffentlich auch und etwas Neues muß beginnen. Man kann nichts Neues schaffen ohne Klarheit. Das ist tausendmal gesagt und muß immer noch einmal wieder gesagt werden. Was will die Arbeitsgemeinschaft? Sie will die Kredite verweigern. Das ist gut und schön, kann aber nur Mittel zu einem Zweck sein, solange die Regierung den Krieg auch führt, wenn 377 statt 397 Abgeordnete die Kredite bewilligen. Was ist also der Zweck? „Hier stock' ich schon...“ Hier ist der Punkt, wo statt eines Gedanken zwei Phrasen sind. „Verständigungsfrieden“ und „keinen Frieden um jeden Preis“. Ein Verständigungsfriede wird aller Voraussicht nach geschlossen werden, d. h. ein Frieden, bei dem nach wochen- oder monatelangem Handeln, Feilschen, Schachern die gegenseitigen Unterschriften unter ein Papier gesetzt werden, in dem das Versprechen von Frieden und Freundschaft und alle guten Wünsche bis zum nächsten Kriege enthalten sind. Frieden, der kein Verständigungsfrieden war, wurde auch schon geschlossen. Das ist aber schon lange her. Das war in alten Zeiten, als — wie wir so stolz es nennen — halb barbarische Völker über ganz barbarische herrschten, deren Könige köpften und dann Männer, Frauen und Kinder zu Sklaven machten. Einen solchen Frieden braucht Ledebour nicht zu befürchten. Wenn es nur auf die ankommt, die den „Verständigungsfrieden“ schließen, wird keinem König ein Härtchen gekrümmt. Also seinen Verständigungsfrieden wird Genosse Ledebour haben. Er will aber — hier wird negativ definiert — keinen Frieden um jeden Preis. Man macht dem Reichskanzler mit Recht den Vorwurf, daß er seine Friedensbedingungen nicht nenne. Wäre ich Reichskanzler, so würde ich fragen: Herr Ledebour, was ist eigentlich der Preis für den Frieden, den Sie anlegen oder nicht anlegen wollen? Worauf vielleicht Genosse Ledebour antworten würde: „Wenn ich Reichskanzler wäre, würde ich es sagen“. Und der Reichskanzler dann nur antworten könnte: „Wenn ich Führer der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wäre, würde ich es auch sagen.“

Das alles in diesem Augenblicke noch einmal zu sagen, ist vonnöten. Denn der Kampf der Opposition innerhalb dessen, was sich noch heute Sozialdemokratische Partei Deutschlands nennt, ist mit dem 18. Januar 1917 in ein neues Stadium getreten. Der Hinauswurf ist perfekt. Der Parteivorstand hat gehandelt, hat Organisationsstatut und Thansdes-Sontef sich zum Teufel scheren lassen. Zeter! Zeter!! hat die „Leipziger Volkszeitung“ eine Woche und noch länger geschrieben. Aber: was nun?

Für die Teile der Opposition, die abseits der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft standen, ist die Folge klar. Für sie ist das Verhältnis zur Organisation nur ein Mittel in dem Sinne, wie etwa ein Arbeiter in einem gelben Betrieb geht, um dort politische Arbeit zu leisten. Für sie war es ein Kampf im Kreis der Organisation, nicht um die Organisation. Kein Kampf ums „Recht“, sondern ein Kampf um politische Gedanken, kein Kampf um die „ordnungsmäßige Verwertung“ gezahlter Bei-

träge, sondern ein Kampf um politisches Handeln. Sie nimmt ihre Kraft aus den massebewegenden ökonomischen Gewalten, die dieser Krieg entfesselt; die Not, das Blut, die Verarmung, die Aufreibung des Mittelstandes, die Vernichtung von ungezählten Existenzen sind für sie — nicht, wie die Chemnitzer Volksstimme seufzend meinte, „bald wieder vorübergehende“ — die unerbittlichen Folgen dieses Krieges, die ihre politischen Formen finden müssen. In alledem war der organisatorische Kampf nicht mehr an Bedeutung, als wenn einst Bebel den Kampf gegen den Militarismus damit führte, daß unter anderem auch die Offiziere der Kavallerieregimenter zuviel Ligen am Waffenrock trügen. Also ein Teil, ein Teilchen des Kampfes. Für die Arbeitsgemeinschaft aber das Wesen des Kampfes. Und damit ist die Gemeinsamkeit umschrieben, die zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem linken Teil der Opposition bisher bestand. Zugleich freilich auch gezeigt, daß selbst in diesem schmalen Saum die Wege sich künftig nicht mehr berühren. War der Kampf um die Organisation bisher ohne Wesen, so ist er jetzt ohne Sinn. Auf dem Gebiete des Organisationsstatutes ist der Prozeß verloren: trotz vermehrten Krähens wird der Fuchs dem Raben den Käse nicht mehr zurückgeben. Noch weiter der Massen Blick auf dieses Kampfobjekt lenken, heißt sie von der Niederlage zu ebenso sicheren künftigen Niederlagen führen und heißt die Demoralisation in die eigenen Reihen tragen.

Bleibt freilich noch ein anderes: in den Organisationen kämpfen. Nicht um die Sekretärposten, nicht um die Sitze als Vorstand und Kassierer, und nicht um die wohl durch die Bank um dreiviertel bankrotten Parteigeschäfte. Sondern um von innen heraus das Ungetüm zu zerlegen, um politische Aktionen zu stören, um die Maschine zu sabotieren. Das mag gehen, hat aber die große Gefahr, daß in der Diaspora die Kräfte sich zersplittern. Was not tut und was heute nicht mehr auf morgen verschoben werden kann, ist einheitliche Leitung und Sammlung der oppositionellen Kräfte. Das neue Leben, das längst schon aus den Ruinen geprosst, muß sichtbar werden und sein eigen Leben führen wollen. Die Organisation der Linken durchs ganze Reich muß Tat werden.

Und wie wird dazu die Arbeitsgemeinschaft stehen und wie werden wir zu ihr es tun? Ist eine politische Verständigung möglich? Ich sage rund heraus: wenn die Arbeitsgemeinschaft stehen bleibt, wo sie steht, dann nein. Nein, nicht nur, weil in den letzten Enden die Gedanken auseinander gehen, nein: weil die gegebene politische Situation den jetzigen „Prinzipien“ der Arbeitsgemeinschaft und ihr selbst den Tod muß bringen.

Sie will nicht den Frieden „um jeden Preis“. Ist der Friede Lloyd Georges in ihrer Preislage? Oder ist ihr etwa der Preis zu hoch? Dann wird sie vielleicht „das Vaterland verteidigen“ müssen, vielleicht gar bald. Man sah dieser Tage in französischen Zeitungen eine Weltkarte, auf der Deutschland und was mit ihm geht, weiß, und was gegen Deutschland im Felde steht oder stehen wird, schwarz gezeichnet war. Einem deutschen Patrioten konnte gruselig werden ob diesem Bilde. Es gab einmal eine Zeit, in der sich eine taktische Verbindung denken ließ zwischen denen, die den Krieg prinzipiell und denen, die ihn als Angriffskrieg bekämpfen.

Die Zeit war einmal. Nur schade, daß damals gerade so erleuchtete Feldherren wie Kautsky und Bernstein versagten.

Sie will auch all die schönen Dinge, die wir unter dem Namen Pazifismus jahrzehntelang verachtet haben und die wir jetzt im Kriege als „Sozialismus“ neu erstehen sehen. Vielleicht — wer kann es wissen? — wird dieser Pazifismus aus amerikanischen Friedensnoten sich hinüberretten in die stilleren Gewässer der „Neuen Zeit“. Doch wehe. Schon bläst Aeolus-Ebert die Backen auf: der kommende Sturm wird Kautsky verjagen, der Pazifismus aber wird ein sozialpatriotisches Wimpelchen aufsetzen und bleiben.

Wir können nicht stehen bleiben, wir können nicht rasten. Selbst für den Kampf des Tages und der Stunde ist keine Gemeinsamkeit mehr. Man tauscht kein Schwert gegen einen Pappensäbel um der Gleichheit der Waffen willen und wegen der „Gemeinschaftlichkeit“ des Kampfes. Nicht uns, der Arbeitsgemeinschaft ist jetzt die Frage ihres Schicksals gestellt. Die Zeiten sind zu ernst zum Tanzen; man muß jetzt stehen oder sterben. Das mag noch klingen wie eine Hoffnung auf die Arbeitsgemeinschaft. Ja und nein. Ja: was ehrlicher revolutionärer Wille ist, schlecht erkanntes aber recht gefühltes proletarisches Interesse in den Scharen der Arbeitsgemeinschaft — das muß jetzt erwachen. Nein: jene „oppositionelle“ Trainatade der Bernstein und Kautsky — ein Siebzigjähriger glaubt, das Kindlein unter dem Herzen einer jungen Frau sei seiner Lenden Kraft zu danken — ist hoffnungslos. Die Zeit wird bald wahr machen, was Kautsky jüngst meinte: in Deutschland gäbe es niemanden, mit dem er politisch so verbunden sei, wie mit Bernstein. Sie dürfen aber in ihr politisches Grab mit hinübernehmen das Lob, daß sie allezeit fest und treu am Statut der Partei gegangen haben. So fest wie der Gehenkte am Strick.

## Unterm eigenen Banner.

3.

Die Bildung einer eigenen linksradikalen Partei unter Ausschluß des Parteizentrums ist ganz besonders im Hinblick auf die taktische Grundlage des Kampfes der Linksradikalen geboten. Das organisatorische Zusammengehen mit dem Parteizentrum würde nichts anderes bedeuten als die Fortsetzung der inneren Kämpfe, wie sie die Partei in ihrer letzten Epoche durchwühlt haben; denn dieselben tiefgehenden Gegensätze, die ehemals in der Partei bestanden, würden in die neue Partei der Gesamtopposition übernommen werden. Es hieße von vornherein die Partei durch innere Kämpfe in ihrer Aktionsfähigkeit nach außen schwächen, wollte man das Zentrum mit übernehmen. Es gilt aber, eine Partei zu schaffen, deren innere Gegensätze auf das denkbar geringste Maß zurückgedrängt sind, um so die Stosskraft der Partei nach außen möglichst groß zu machen. Man erinnere sich der mit äußerster prinzipieller Schärfe geführten Auseinandersetzungen über die Frage des Massenstreiks, wie sie vor dem Kriege zwischen Kautsky und Pannekoek stattfanden; man erinnere sich des leidenschaftlichen Kampfes der Linksradikalen gegen die Dämpfungs- und

Cunctatortaktik; man erinnere sich des Gegensatzes in der Frage des Imperialismus, wie er in Chemnitz herortrat. Und in all diesen Fragen hat das Zentrum bis heute noch nicht im mindesten umgelernt. Und wenn in der neuesten Erklärung der Arbeitsgemeinschaft zur Ablehnung der Kriegskredite die Formel der Abrüstung und der Schiedsgerichte unterdrückt wurde, so ist das daselbe Verfahren, als wenn nach der Kritik der Generischen Erklärung vom 21. Dezember 1915 die haltlose Formel von der Sicherung der Grenzen und später sogar jeder Hinweis auf die Frage der Landesverteidigung in den Erklärungen der Arbeitsgemeinschaft verschwand, ohne daß etwas Positives im Sinne des Linksradikalismus an die Stelle gesetzt wurde. Man nähert sich dem Linksradikalismus nicht dadurch, daß man den wichtigsten politischen Fragen gegenüber Straußenpolitik treibt. Man hat in jeder Situation unumwunden seine Meinung zu all diesen Fragen zu sagen. Und ganz besonders haben das die sozialistischen Parlamentarier zu tun, wenn anders sie begriffen haben, in welcher Weise sie die Parlamentstribüne im Sinne des Linksradikalismus auszunutzen haben. Indem die Arbeitsgemeinschaft darauf bewußt verzichtet, beweist sie stets aufs neue, daß zwischen ihr und uns kein gemeinsames Wirken zustandekommen kann.

Nun unterliegt keinem Zweifel, daß der Klärungsprozeß zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen in den Organisationen vorderhand noch nicht soweit vorgeschritten ist, daß den Arbeitern die sachlichen Gegensätze, die zwischen diesen Richtungen bestehen hinreichend zum Bewußtsein gekommen wären. In den Arbeitern lebt vielfach noch ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl mit allen Elementen der Opposition, das ihnen das Verständnis für die Notwendigkeit auch der organisatorischen Spaltung mit dem Zentrum außerordentlich erschwert. Und ganz besonders handelt es sich dabei um die älteren Arbeiter, die noch in der Tradition des ausschließlichen Kampfes gegen den Revisionismus befangen sind, während den jüngeren Arbeitern bereits die Elemente des neuen historischen Gegensatzes zum Parteizentrum zum Bewußtsein gekommen sind; wie denn überhaupt das Hauptrekrutierungsfeld des Parteizentrums unter den älteren, in der ausschließlichen, intensiven organisatorischen Kleinarbeit ergrauten Arbeitern zu suchen ist. Diese Arbeiter sind es auch, die erfüllt von dem rein organisatorischen Gedanken, vor einer nochmaligen Spaltung der Opposition am meisten zurückschrecken, in dieser Spaltung eine Schwächung der neuen Partei sehen. Sie sind noch ganz befangen in der Vorstellung, daß die Stärke der Organisation nur in der Zahl der Organisierten besteht. Demgegenüber erblickt der Linksradikalismus die Bedeutung der Organisationen nicht in der numerischen Größe ihrer Mitgliederzahlen, sondern in ihrer Kampffähigkeit, und die Linksradikalen sind auf Grund der Erfahrungen und der Ergebnisse der hinter uns liegenden Epoche der Arbeiterbewegung zu der Erkenntnis gelangt, daß Kampfkraft und hohe Mitgliederzahl durchaus nicht in geradem Verhältnis zu stehen brauchen.

Die Schwierigkeit der Klärung des Gegensatzes zwischen Parteizentrum und Linksradikalen ist naturgemäß da am größten, wo ganze oppositionelle Organi-

sationen durch die sozialpatriotischen Instanzen ausgeschlossen worden sind; so in Berlin, Leipzig, Bremen. Und die Aussicht für die Linksradikalen, in diesen Organisationen den entscheidenden Einfluß zu gewinnen, ist wiederum dort am geringsten, wo eine intensive linksradikale Propaganda nicht zustande kommen konnte. So rächt sich in Berlin jetzt die Zentrums politik des alten „Vorwärts“ an den Linksradikalen. Ebenso liegt es in Leipzig. Und in Bremen versuchte Henke rechtzeitig, die ihm so unbequeme Kritik der Linksradikalen in der „Bremer Bürger-Zeitung“ zu unterbinden, was mit zur Gründung der „Arbeiterpolitik“ geführt hat.

Nun läßt sich die neue Internationale Sozialistische Partei Deutschlands nicht in Zirkeln und Konventikeln von heute auf morgen organisieren. Sie kann nur das Produkt des Kampfes gegen das Zentrum sein, der wesentlich auf dem Boden der oppositionellen Organisationen ausgefochten werden muß, die aus der alten Partei ausgeschlossen wurden. Hier gilt es in der Uebergangszeit, in die wir nunmehr eingetreten sind, den Kampf gegen das Zentrum weiterzuführen, um so für unsere Ideen zu wirken und die Vereine zur Entscheidung für uns oder für die Zentrums politik zu bringen. Zu diesem Zwecke ist es nötig, daß sich die Linksradikalen überall zusammenschließen, daß sie sich fortgesetzt untereinander verständigen, den Resolutionen und Manifesten des Zentrums ihre eigenen Entschlüsse entgegenstellen. Dieser Kampf wird zur Bildung einer besonderen Partei der Internationalen Sozialdemokraten führen, in organischer, für die Arbeitermassen verständlicher Weise. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zentrumsleute diesen Prozeß durch Gewaltakte gegen die „disziplinlose“ Opposition beschleunigen. Die Vorgänge in Berlin lassen damit rechnen. Aber wir brauchen derartige Gewaltakte nicht zu fürchten; sie werden den Arbeitern nur noch schneller die Augen darüber öffnen, wie notwendig die Trennung von den Zentrumsleuten ist.

In den Orten aber, wo die Linksradikalen der sozialpatriotischen Mehrheit gegenüberstehen, wo sie aber formell noch nicht ausgeschlossen wurden, gilt es, eigene linksradikale Organisationen zu gründen, was den sofortigen Ausschluß zur Folge haben wird.

Zur Verständigung der Linkradikalen untereinander und zum Kampfe gegen Parteizentrum und Sozialpatrioten ist es nötig, eine eigene Presse zu schaffen. Da die äußeren Schwierigkeiten hier sehr groß sind, empfiehlt es sich, für größere Gebiete ein gemeinsames Organ zu gründen. Die speziellen lokalen Bedürfnisse könnten durch ein besonders am Orte selbst redigiertes und gedrucktes Mitteilungsblatt, das dem Hauptorgan beigelegt würde, berücksichtigt werden.

Wir fassen unsere Ausführungen zusammen: zentraler und lokaler Zusammenschluß der Linksradikalen zwecks gemeinsamen Kampfes für die linksradikalen Ideen in den Oppositionsvereinen, die durch die Spaltung der Partei entstanden sind, Schaffung eigener linksradikaler Organisationen, wo die Linksradikalen der sozialpatriotischen Mehrheit gegenüber in aussichtsloser Minderheit sind, Teilnahme an den Konferenzen der Opposition zwecks Klärung der Gegensätze zwischen Linksradikalen und Parteizentrum zur Förderung des Spaltungsbeschlusses: das ist der Weg zur Bildung der links-

radikalen Partei. Möge schon die bevorstehende Konferenz der Arbeitsgemeinschaft die Linksradikalen auf diesem Wege zur eigenen Partei, zum Kampfe unter dem eigenen Banner in Einigkeit voranschreiten sehen.

## Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.

### 1. Die Aussichten des Imperialismus.\*

Schon in den ersten Diskussionen im Jahre 1911, die die Scheidung zwischen Linksradikalen und Zentrum anbahnten, spielte die Frage von der Zukunft des Imperialismus eine entscheidende Rolle. Wir vertraten die Auffassung, daß er die Politik des Kapitalismus in seiner letzten, dem Sozialismus vorangehenden Epoche sei. Nicht als ob er die Interessen aller Schichten der Bourgeoisie direkt vertreten würde. Er vertritt die Interessen nur der führenden Schichten des Kapitals. Aber diese Schichten (das Finanzkapital, die schwere Industrie) gewinnen in den kapitalistischen Staaten immer mehr an Gewicht, und es ist eine reaktionäre Utopie, ihre Politik in die friedlich-freihändlerischen Geleise zurückführen zu wollen. Die imperialistische Politik bedeute aber nicht nur die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, sondern auch in der Weltpolitik und sie müsse schließlich zu einem Weltkrieg führen, wenn das Proletariat nicht die Gewalt an sich bringe. So behaupteten die Linksradikalen.

Demgegenüber vertrat Kautsky die Auffassung, daß die internationale Versippung des Kapitals einen wichtigen Friedensfaktor darstelle, der durch die Friedensinteressen gewisser Teile der Bourgeoisie, die unter dem Imperialismus leidet, gestärkt werden. Das Proletariat müsse die bürgerliche Friedensbewegung unterstützen, Abrüstung, Schiedsverträge usw. fordern. Es sei noch zu schwach, um den Kapitalismus abzuschaffen, aber es könne ihm den Frieden aufzwingen. Wir bekämpften diese Auffassungen und suchten zu beweisen (wir nennen nur die Abhandlung in der besonderen Beilage der „Bremer Bürger-Zeitung“ zum Chemnitzer Parteitag 1912, die die erste Phase der Diskussion abschloß), daß solange die Bourgeoisie am Ruder bleibt es — trotz mancher Stillstandsmomente — zu einer immer größeren Verschärfung der internationalen Gegensätze kommt. Wenn Kautsky auf Teilbündnisse zwischen einzelnen

\* Wenn auch nicht zur Vorbereitung der von der Arbeitsgemeinschaft einberufenen Konferenz geschrieben, so erscheinen die Artikel Karl Kautskys über die Kriegsfragen (Nr. 13, 14, 19 und 20 der „Neuen Zeit“) sehr glücklich vor ihr, um die zentrierte Politik in allen ihren Widersprüchen zu zeigen, und den oppositionellen Arbeitern vorzudemonstrieren, daß das „vorläufige Banner“, das ihm die Zentrumsleute mit der unschuldigsten Miene in die Hand drücken wollen, kein Kampfbanner des Sozialismus, sondern ein aus pazifistischen und sozialpatriotischen Fesseln zusammengeklickter durchlöcherter Regenschirm ist, mit dem man sich kaum in die Stürme der Zeit hinauswagen kann. Gleichzeitig mit den Kautskyschen Artikeln erschien in Bern eine Broschüre Spektator's: „Vaterlandsverteidigung und Auswärtige Politik der Sozialdemokratie“. (31 S.) Spektator ist ein ehrenwerter Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, er hat mehr Bücher gelesen, als er verdauen kann. Ein solch gelehrtes Haus verdient achtungsvolle Behandlung. Da er aber Kautsky nur abgequack hat, wie er sich räufpernd und spuckend, wird er uns nicht verübeln, wenn wir ihn nur da heranziehen, wo er die Argumente Kautskys „ergänzt“. Daß wir den Famulus nur in Fußnoten behandeln, erfordert die Achtung vor dem Magister.

kapitalistischen Staaten hinweist als auf den Beweis, daß eine Verständigung möglich sei, so vergißt er, daß es sich nur um eine Konzentration der größten imperialistischen Gegensätze zu desto allgemeinerem Kampfe handle. Kommt es zu Verständigungen über Rüstungen, so handle es sich nur um einen vorübergehenden Waffenstillstand.

Daß der Gang der Ereignisse uns und nicht Kautsky Recht gab, brauchen wir nicht erst zu beweisen. Irgendwelche bürgerliche Friedensbewegung, die sich dem Kriege entgegensetzen sollte, war nicht vorhanden, die imperialistischen Koalitionen erwiesen sich als Mittel der Verallgemeinerung des Krieges. Wir waren nur insoweit im Unrechten, als wir die angeblichen Ueberschäger der Macht des Imperialismus und seine Kraft noch unterschätzten: denn selbst das Proletariat erwies sich als aktive Friedenskraft ohne jede Bedeutung. Als sich Kautsky von den ersten Kriegsschlägen erholt, die erste wichtige Arbeit erledigt hatte (nämlich zu beweisen, daß die Politik des 4. August wohl mit dem Internationalismus zu vereinigen sei, wenn sie nur aus guten, internationalen Rücksichten getrieben wird), begann er von neuem sein sozialpazifistisches Lied zu singen. Die europäische Bourgeoisie wird kein Geld hassen, um nach dem Kriege imperialistische Politik zu treiben, der Gegensatz zu den Vereinigten Staaten Amerikas wird sie zusammenführen, große Kreise des Bürgertums werden gegen den Imperialismus aufstehen usw. Also: Proletariat aller Länder, vereinigt euch, um die Bourgeoisie zur Verständigung zu bringen, brecht der kapitalistischen Rose die Dornen ab, aber laßt sie weiter blühen.

Wir antworteten auf diese Ausführungen Kautskys in unserer Artikelserie „Staat, Nation, Imperialismus“, daß die Verarmung Europas durch den Krieg nur die der Volksmassen (des Proletariats und des Kleinbürgertums) sei, daß sie die Bereicherung der führenden kapitalistischen Schichten bedeute, daß, wenn dem Kapital in den Kolonialländern große Profite winken werden, es weiter Kapital exportieren wird, daß, wenn die Vereinigten Staaten und Japan, dank dem Kriege, die Vorhand bekommen, sie eben die imperialistische Politik treiben werden, daß der Gegensatz zu Amerika nicht allgemein sei, daß es umgekehrt zum Mittelpunkt einer neuen imperialistischen Koalition wird. Kurz und gut: Keine Aera des Friedens, sondern neuer imperialistischer Kriege drohe, und nicht die pazifistische Reform des Imperialismus, sondern seine Abschaffung durch eine grundsätzliche Umwälzung müsse das Ziel des Proletariats sein.

Kautsky blieb auf alle diese Argumente die Antwort schuldig. „Kennt ihr die Fabel? Ja? Wenn ja, dann kann ich sie euch noch einmal erzählen“ — so leitet ein jovialer Junker in einer alten polnischen Komödie die Rezitation von Fabeln ein, die seine Hörer schon hundertmal gehört haben. So ein Herr Sowialski ist auch der führende Theoretiker des Parteizentrums. „Was sich im Imperialismus durchsetzt, ist ein Streben, das nicht ihn allein kennzeichnet, das Streben nach Extraprofit. Dieses freilich ist untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden.“

\* Verehrter Spektator! Spigen Sie die Ohren und schreiben Sie in ihrer Broschüre (S. 29) den Satz: „Es handelt sich (bei der imperialistischen Politik) immerhin bloß um Extraprofite, nicht

es kann nur verschwinden mit diesem, nur durch den Sozialismus überwunden werden. Aber der Imperialismus ist nur eines der Mittel, Extraprofit zu gewinnen, nicht das einzige. Wird dieser Weg dem Kapital gesperrt, sucht er sich andere Wege“, — erzählt Kautsky zum 10ten Male in der „Neuen Zeit“ vom 16. Februar. Und er weist auf die „Wandlungen“ hin, die sich in der imperialistischen Politik der Großmächte anbahnen. Schon indem ein imperialistischer Staat sich mit den anderen verständigt, Bündnisse schließt, hat er „den Weg zu einer erheblichen Modifikation . . . beschritten“, wiederholt er wie ein Star, denn dem Wesen des Imperialismus nach müßte jeder von ihnen für seinen eigenen Magen beanspruchen.

Wenn sich nun einige imperialistische Staaten verständigen, um einer Koalition anderer, gleiche Zwecke verfolgender Staaten die Beute abzugeben, warum sollen sie sich nicht überhaupt verständigen? „Es ist keinesfalls ausgeschlossen, daß der jetzige Krieg damit endet, daß die Imperialisten der führenden Großmächte beider Lager sich über die Teilung und Ausbeutung der Welt verständigen. . . Die imperialistische Internationale mag den Weltfrieden bringen, ja unter Umständen sogar sichern, aber umso planmäßiger und riesenhafter wird sich in diesem Falle die Ausbeutung der Welt durch das internationale syndizierte Finanzkapital gestalten.“

Wie der Leser sieht, hält Kautsky an seiner Illusion über die Rolle der imperialistischen Bündnisse fest; er wandert weiter wie ein Blinder in der vom Weltkrieg erschütterten Welt herum, hält Kriegswaffen für Friedensinstrumente, und träumt seinen Traum vom Frieden im Kapitalismus, und schläfert die Arbeiter mit diesem Liede ein. „Aber, aber tun wir Kautsky nicht Unrecht? Sagt er doch, daß ein imperialistischer Weltfriede „nur eine unter vielen anderen Möglichkeiten des Kriegsabschlusses“ sei, und daß dieser eine „umso planmäßiger und riesenhaftere Ausbeutung der Welt durch das internationale syndizierte Finanzkapital“ bedeuten würde! Nein, wir tun ihm nicht Unrecht! Diese theoretischen Zugeständnisse, die er hier den Linksradikalen nach sechsjähriger Diskussion im Punkte des imperialistischen Weltfriedens als Vergrößerung der Ausbeutung macht, drücken seiner Politik den Stempel einer durch und durch konterrevolutionären Politik auf.

Würde er wie der brave Spektator\*\* alle umwälzenden

um den Profit selbst. Auf Extraprofite verzichtet man, wenn es nicht anders geht“ usw. Spektator scheint als den Topus des modernen Kapitalisten einen kleinen Krämer anzuleben, der sich duckt. Das Großkapital der imperialistischen Staaten wird um den Extraprofit bis zum Letzten kämpfen, bis es mit dem Extraprofit zusammen fällt. Jetzt nachdem es von Kautsky „selbst“ beglaubigt ist, wird es wohl auch der Famulus glauben.

\* Der gute Spektator zitiert sogar die Rede Herrn Bethmann-Hollwegs und die Bemühungen Mister Wilsons für die Schaffung einer „zwischenstaatlichen Organisation“, als Beweis des Realismus der zentrierten Politik. Wir wissen nicht, ob wir dem Zentrum oder Herrn Bethmann-Hollweg oder Wilson zu diesem Jünger Kautskys gratulieren sollen.

\*\* Der Kautskysche Adjutant Spektator lehnt jede Umwälzungsperspektive für absehbare Zeit im vornhinein ab: „Wenn es sich nicht bloß um moralische Kundgebungen, sondern um wirkliche proletarische Massenkämpfe handelt, (so) sind diese nicht bald zu erwarten. Jedenfalls gerade nicht sofort nach diesem Kriege.“ (S. 7.) „Daß auf den Krieg sofort die soziale Revolution folgen würde . . . wird wohl kein ernst zu nehmender Mensch behaupten.“ (25.) Wenn

sozialen Möglichkeiten, die die Krise des Imperialismus eröffnet, in absehbarer Zeit für unmöglich halten, so müßte man auch dann die Stärkung des Kapitalismus durch die pazifistische Agitation ablehnen, aber sein Handeln würde seiner Auffassung von dem Charakter der bevorstehenden Epoche entsprechen. Er wäre nur Opfer seines Unverständes. Aber so ist es nicht. Kautsky ist überzeugt, daß die ökonomischen Verhältnisse für den Sozialismus schon reif sind. (Er hat dies gegen Cunow noch im Jahre 1915 behauptet.) Er hält verschiedene Möglichkeiten der Lösung der Weltkrise, die seit zweieinhalb Jahren das Proletariat vernichtet, für objektiv gegeben: der Beginn der grundsätzlichen Umwälzung als Folge des Krieges ebenso als eine Festigung des Kapitalismus durch seine Verständigung, eine Verstärkung seiner Ausbeutekraft. Niemand kann — nach seiner Überzeugung — sagen, welche Möglichkeit wahrscheinlicher ist. Der Ausgang hängt aber auch von der Politik des Proletariats ab, von der Kraft, die es in die Wagschale der Geschichte wirft. Die allgemeine Richtung unserer Propaganda, unserer Agitation, unserer Aktion ihr Charakter ist nicht nur Resultat der Verhältnisse, sondern auch einer der für die Kraft des Proletariats entscheidenden Faktoren. Und trotzdem tut dieser führende Theoretiker der 2. Internationale, zu dem noch heute Tausende und Tausende als zum Lehrer der revolutionären Politik hinausblicken nichts, um die politischen Kräfte, die er beeinflußt, in die Richtung einer Politik zu lenken, die für eine grundsätzliche Umwälzung arbeitet, sondern er stellt sich praktisch von vornherein auf den Boden der zweiten Lösung, der Verständigung der imperialistischen Staaten, die nach seiner Überzeugung die Ausbeutung der Welt nach planmäßiger, noch rücksichtsloser gestalten wird.

Hier ist der unüberbrückbare Gegensatz zwischen uns Linksradikalen und dem Zentrum. Nicht um theoretische Spitzfindereien handelt es sich, sondern um die Grundrichtung unserer Politik. Es kann sich später herausstellen, daß wir das Tempo der Bewegung überschätzt haben. Größere als wir, unsere Altmeister, haben es sogar oft überschätzt. Und trotzdem war ihre aus dieser Überschätzung des Tempos der Entwicklung entstammende Politik richtig. Denn wenn es nur unter vielen eine Möglichkeit gibt, eine soziale Krise zu lösen, so ist es eine Pflicht jedes Sozialdemokraten, seine Politik auf dieses Ziel einzustellen, denn nur dadurch werden die darauf hinarbeitenden Kräfte — inwieweit es von der Sozialdemokratie abhängt — gestärkt. Wohlgedenkt: es handelt sich nur um die Richtung der Propaganda und Agitation und Verschärfung der schon bestehenden Konflikte. So haben es März und Engels ihr Lebenlang getan. Aber wer die Möglichkeit einer Lösung zugibt, und nicht aus allen Kräften, mögen sie klein oder groß sein, für sie eintritt, der mag Bibliotheken über Marxismus zusammengeschrieben haben, mag der beste Marxphilologe, Marxapologet sein, mit der marxistischen Politik hat er nichts zu tun. Wenn er aber dazu, nach-

er aber nicht „sofort“, d. h. an einem bestimmten Datum „beginnt“, dann muß der „erst zu nehmende“ — mit Respekt zu sagen — Theoretiker des Marxismus Herr Bethmann-Hollweg und Wilson als die Verkünder des Weltfriedensbankens feiern. Und das alles wirft nur so mit dem „Marxismus“, „Dialektik“ usw. herum!

dem er die Möglichkeit der Lösung der Weltkrise angenommen hat, für eine kapitalistische eintritt, indem er die Fahne des Pazifismus im Lager des Proletariats aufpflanzt, der gebraucht den Namen des Marxismus nur zur Verdeckung einer ihrem Wesen nach konterrevolutionären Politik.

Und daß die Politik, die Kautsky vertritt, objektiv nichts anderes darstellt, als einen Kampf gegen die aufwachsenden Kräfte der Internationale, als eine Irreführung der sozialistischen oppositionellen Arbeiterschaft, das beweisen, wie die Taten des Zentrums, Kautskys Ausführungen über die Mängel der linksradikalen Formel vom imperialistischen Kriege. Darüber im zweiten Artikel.

## Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

Polens Kriegsziele.

Die deutschen Siege über Rußland schufen eine neue Situation, die die herrschenden Klassen Polens zwang, sich dieser neuen Lage anzupassen. Vor allem wurde die vor dem Kriege herrschende Ansicht bekämpft, als ob die kapitalistische Entfaltung Rußisch-Polens an die Zugehörigkeit zu Rußland aufgebaut ist. Mit großem „theoretischen“ Aufputz wurde „zahlenmäßig“ bewiesen, daß Polen wirtschaftlich unabhängig sein kann, daß die russische Wirtschaftspolitik nur schädlich für die polnische Volkswirtschaft ist. Darum ist die staatliche Zusammenkoppelung mit Rußland nicht notwendig.

„Auf die Gestaltung der Anschauungen über die Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung Polens übte die Arbeit von Frau Rosa Luxemburg, „Die industrielle Entwicklung Polens“, einen großen Einfluß“, schreibt ein Herr Marcell Lewy, Verfasser einer unlängst erschienenen größeren Arbeit über „Die russische Zoll- und Tarifpolitik“. Er stellte sich zur Aufgabe, eine Kritik der ökonomischen Politik der zaristischen (!) Regierung in bezug auf Polen zu geben, in der Meinung, daß damit auch die Ansichten der Genossin Luxemburg abgetan worden seien. Wie der Verfasser selbst erklärt, „wurden ihre, d. h. R. Luxemburgs Ansichten zuerst nur von einem Teil der radikalen Linken aufgenommen, im Laufe der Zeit aber drangen sie in die gesamte Gesellschaft durch, und aus den Tatsachen und Schlussfolgerungen der Frau Luxemburg wurden weitgehendsten Konsequenzen für den Aufbau der politischen Programme gezogen.“

Die Annahme, daß die wirtschafts-politischen Ansichten eines revolutionären Marxisten einen Einfluß auf die politische Programmbildung der herrschenden Klassen ausüben könnten, gehört zur politischen Humoristik. In Wirklichkeit war es umgekehrt. Die wirtschaftliche Tätigkeit der herrschenden Klassen Rußisch-Polens führte zu politischen Konsequenzen sowohl für die Bourgeoisie, wie für das Proletariat. Diese politischen Konsequenzen für die polnische Arbeiterklasse zu ziehen war eben nur möglich, indem man den Tatsachen scharf ins Auge blickte.

\* Marcell Lewy. Das ökonomische Leben des Königreichs Polen. Bd. 1. Russische Zoll- und Eisenbahntarife und ihr Einfluß auf das ökonomische Leben des Königreichs Polen. Warschau 1915. (Polnisch.)

Wie es nicht die Aufgabe der polnischen Sozialdemokratie war, für die kapitalistische Entwicklung Polens zu sorgen, so war es nicht ihre Aufgabe, die politischen Programme der polnischen Bourgeoisie zu formulieren. Wenn dagegen ein Teil der bürgerlich-nationalistischen Elemente heute das Bedürfnis fühlt, die politischen Programme der polnischen Bourgeoisie zu ändern, so zeugt das nicht von der Unrichtigkeit der Ansichten von Rosa Luxemburg und polnischer Marxisten in der polnischen Frage, sondern eben von einem Austausch eines Bedürfnisses, der neu-geschaffenen wirtschafts-politischen Situation ein neues politisch-ideologisches Gewand zu geben. Der König ist tot, es lebe der König! Die russischen Absatzmärkte, der russische Imperialismus ist für die polnische Bourgeoisie auf dem Wege, verloren zu gehen — nun ist man bestrebt, neue Wege zur weltpolitischen Geltung zu suchen.\*

Wenig es vor dem Krieg sowohl für die Industriellen wie für die Agrarier hieß: höhere Schutzzollmauern gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ohne den Kampf gegen die schädliche Wirtschaftspolitik des Zarismus zu führen, so sucht man jetzt alle diese reaktionären, bürokratischen und kleinlich-nationalistischen Maßnahmen herauszubringen, ohne freilich den Grundcharakter der polnischen kapitalistischen Wirtschaftspolitik fallen zu lassen: kein Verzicht auf den russischen Absatzmarkt.

Politisch haben sich die herrschenden Klassen insofern den neuen Tatsachen angepaßt, als sie ihre politischen Forderungen Rußland gegenüber erweiterten. Wenn früher von ihnen die Autonomie des vereinigten Polens gefordert wurde, stellen sie heute das Ziel auf vollständige staatliche Unabhängigkeit auf, wobei natürlich die „Unabhängigkeit“ der selbständigen Regierung eine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von Deutschland bedeuten soll.

Selbst die nationalistischen Elemente der Gegenwart, die sich in der Rolle politischer Führer Polens gefallen, stellen Ideale auf, die den wahren Charakter der polnischen Frage in der Gegenwart offenbaren. Es genügt nicht, einen polnischen Staat zu haben, auch nicht einen unabhängigen Staat, man fordert einen wirtschaftlich entwicklungsfähigen Staat. „Wir brauchen tatsächlich — sagt der homo novus der polnischen Politik, Lempiński, das jetzige Mitglied des Staatsrats — die Märkte Litauens und Rußens . . . eines ackerbaureicheren Landes, das das Gebiet der natürlichen polnischen wirtschaftlichen und kulturellen Expansion bildet und eine bedeutende Absatzstelle für die Industrieerzeugnisse des Königreiches ist.“ („Polen“, 14. Jan. 1916.) Neuerdings wurde diese Expansionsmöglichkeit von dem Kronmarschall des Staatsrats als eine wirtschaftliche Notwendigkeit proklamiert.

Dabei gehen auch die radikalsten Nationalisten nicht

\* Bei diesem Bedürfnis sich schnell der neuen Wirklichkeit anzupassen, sind zuweilen ganz erste Institutionen in eine unfreiwillige komische Situation geraten. So hat z. B. der Verband der Industriellen im Königreich Polen längst vor dem Kriege eine umfassende statistische Untersuchung über die Handelsbilanz Polens in Angriff genommen, um bei den Tarifverhandlungen zur Erneuerung des russisch-deutschen Handelsvertrages gerüstet zu sein, und für die polnische Industrie größeren Zollschutz gegenüber Deutschland herauszufechten. Nun brach plötzlich der Krieg aus, und 1916 erschien diese Untersuchung — ein stattlicher Band von etwa 600 Seiten — als eine Begründung der neuen politischen Orientierung eines Teiles der polnischen Industriellen!

so weit, daß sie die wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland bestreiten. „Der vollständige Abbruch der Handelsbeziehungen mit Rußland ist unmöglich, — schreibt der Theoretiker des Obersten Nationalkomitees in Galizien, Daszynska-Golinska in einer Untersuchung: Mitteleuropa und Polen. Krakau 1916 — dies würde dem Fortbestehen des Krieges gleichen. Man müßte annehmen, daß der vorkriegerische Zustand wichtig, sowohl für die Zentralmächte wie für Polen, wieder angebahnt werde. Auf den russischen Märkten werden deutsche und polnische Waren konkurrieren. Polen besaß vor dem Kriege vorteilhafte Bedingungen, da keine Zollgrenze bestand. Nach dem Kriege wird dieses Vorrecht verschwinden, um aber diese Aenderung nicht so rapid vor sich gehen zu lassen, muß Polen für sich eine Uebergangszeit fordern. Diese Forderung wird auch von der Warschauer Presse gestellt.“ „Im Interesse der polnischen Industrie“, sagt ein anderer „hervorragender Volkswirt“, wie ihn „Polen“ nennt, Herr Henryk Tennenbaum, „läge bloß (!) ein günstiger Vertrag mit Rußland, der durch die eignen polnischen Interessen diktiert wäre.“

Mit einem Worte: für die polnische kapitalistische Entfaltung ist von größter Wichtigkeit die günstigen Handelsbeziehungen zu Rußland selbständig d. h. unabhängig von den fremden Interessen ausbauen zu können. Dieses bedeutet ja nichts anderes, als daß man von vornherein von den befreienden Staaten die Möglichkeit der imperialistischen Expansion im Gegensatz zu ihren Interessen fordert.

Das ist auch den nationalistischen Elementen klar, trotzdem sie weit davon entfernt sind, die Wortführer der wirklichen Kapitalmagnaten zu sein. Schön ihre Ideale weisen auf kleinbürgerliche, reaktionäre Quellen hin. Ihre Hoffnungen sind eher der nahen Vergangenheit entnommen, als der Zukunft. Die staatliche Selbständigkeit Polens, wird nach ihrer Meinung den polnischen Bauer nationalisieren, den Handwerker und Kleinindustriellen auf die Beine bringen und die Industrie polonisieren. „Der polnische Ackerbauer“, sagt der schon erwähnte „hervorragende Volkswirt“ H. Tennenbaum, „wird . . . unbedingt gewinnen. In national-wirtschaftlicher Beziehung ist das von großer Bedeutung, da die Schicht der Großgrundbesitzer und der Bauer national einheitlich ist. Schon seit 1905 . . . hat das Element der Gutsbesitzer im Lande eine führende Stellung, das Bauernelement eine um vieles angefehrtere erlangt. Die national nicht einheitlichen Schichten der Stadtbürger und Arbeiter haben etwas an Bedeutung verloren und sich größeren Massen der nationalen Interessen untergeordnet.“

Wenn die nationalen Interessen von den Agrariern und durch sie beeinflussten Bauern vertreten, und „nach der Abtrennung des Königreichs von Rußland — noch gründlichere Grundlagen gewinnen“ werden, kann man leicht erkennen, wohin diese wirtschaftspolitische Orientierung steuert.

Als weitere Folge der politischen Selbständigkeit wird „eine Entwicklung der Kleinindustrie und des Handwerks hervorgerufen, die in nationaler Hinsicht überwiegend polnisch sind.“ Freilich „unsere Industrie wird eine starke Erichütterung erfahren“, aber dafür wird sie leichter zu polonisieren sein und im allgemeinen wird „die Aen-

derung der politischen Bedingungen den wirtschaftlichen Bau unseres Landes nicht notwendigerweise ungünstig den polnischen Besitzstand beeinflussen."

Es ist klar, daß diese Ideale das Großkapital wie den kapitalistischen Agrarier kaum befriedigen können. Das erste war bereit, mit Hilfe des russischen Imperialismus die Welt zu beherrschen, der zweite mußte bereits, daß seine Grundrente mit der kapitalistischen Entfaltung des eigenen Landes wächst. Wenn Rußland als imperialistische Weltmacht bis jetzt noch versagt hat, so wollen sie jedoch die Hoffnung auf Rußland nicht aufgeben. Sie wollen die Beziehungen zu Rußland nicht lösen, denn die wirtschaftlichen Interessen des Industriekapitals und des Großgrundbesitzes sind enger mit Rußland verknüpft als mit den Zentralmächten.

Anderer Ansicht sind die kleinbürgerlichen Elemente russisch-polens, die von der kapitalistisch-imperialistischen Entfaltung Rußlands nur benachteiligt wurden. Der Kleinhandel, die Kleinindustrie und das Handwerk, sie alle erhoffen eine Wiederbelebung unter dem Schutze der eigenen nationalen Regierung und bereiten sich vor, den Altweiber Sommer der Nationalepoche des Kapitalismus zu durchleben und die verpaßte Zeit des kapitalistischen Nationalismus zu repetieren, um national gestärkt ihre imperialistische Aufgabe erfüllen zu können.

Die Geschichte kann aber keine Repetierstunden für nachlässige Völker einrichten. In der Epoche des Imperialismus ist keine Zeit für Nachholungskurse des Kapitalismus vorhanden. Entweder ist Polen allein oder zusammen mit einer Weltmacht Subjekt des Imperialismus, oder es wird unter den noch so glänzenden äußeren Unabhängigkeitsformen Objekt desselben.

\* „Nationalwirtschaftliche Entwicklungsbedingungen in Polen“ von Henryk Tenenbaum. „Polen“ 1. Jahrg. 1915. Nr. 43.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

Vor kurzem (am 5. Febr.) schrieb der „Braunschweiger Volksfreund“, der unter Redaktion Sepp Derters den linken Flügel des Zentrums vertritt, seufzend und klagend: „Ein dritter Teil der Opposition glaubt jetzt unter dem Belagerungszustand, neue grundsätzliche Änderungen am Programm, neue Stellungnahme zu den von dem Krieg aufgeworfenen Fragen der Vaterlandsverteidigung usw. als das wichtigste propagieren zu müssen und er will in der Opposition organisatorisch nur mitarbeiten, wenn die gesamte Opposition diese Neuerungen anerkennt. Diese Fragen sind zu diskutieren. Es muß zu ihnen Stellung genommen werden. Aber das wichtigste jetzt sind diese nicht.“ Das wichtigste sei „die Rettung des Sozialismus“, „einmütiges, entschlossenes, klares Handeln“. „Und dieses Handeln besteht gegenüber dem bewußten Abdrängen der Sozialdemokratischen Partei zu einem sozialisierenden(!) Nationalliberalismus und der zu diesem Zwecke herbeigeführten Spaltung durch den Parteiausschuß und Parteivorstand in der Aufrechterhaltung und in der organisatorischen Konstituierung der alten sozialdemokratischen Partei auf dem vorläufigen Boden des Erfurter Programms, der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse.“

So wie der „Volksfreund“ mögen auch viele andere Genossen denken. Aber es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Sozialpatrioten aller Länder sich auch auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse berufen, in denen das Verteidigungsrecht der Nationen anerkannt ist, ja, daß sie sich selbst auf die Stuttgarter Resolution berufen, die die Pflicht des Kampfes um den Frieden feststellt,

indem sie sagen: hat Scheidemann nicht immerfort für den Frieden gesprochen, geschrieben, gereist, diniert, gefunkt! Wollen wir hiergegen ankämpfen, wollen wir dies „einmütig, entschieden, klar“ tun, wie es der „Volksfreund“ fordert, so ist es selbstverständlich, daß wir selbst vorerst klar darüber sein müssen, was diese Entschlüsse enthalten, was in ihnen angesichts der neuen Erfahrungen eines zweiundeinhalbjährigen ungeheuren Welterdbebens hinfällig wurde, was wir zulernen müssen. Ohne diese Klärungsarbeit gibt es eben kein entschlossenes, klares Handeln. Will deswegen der „Volksfreund“ auf das Handeln verzichten?

Ein Zusammenschluß auf dem Boden der Unklarheit würde nicht nur zu keinem einheitlichen, entschlossenem, klarem Handeln führen, sondern umgekehrt dieses Handeln verzögern, die Arbeiter weiter verwirren. Würde die entschiedene Linke heute sich entschließen, sich den Mehrheitsentschlüssen des Zentrums zu unterwerfen, um eine „einheitliche Front“ gegen die Sozialpatrioten und die Imperialisten zu bilden, sie würde morgen diesen Entschluß brechen müssen, zu selbständigem Handeln greifen, da die Zentrumsleute weder gegen den Sozialpatriotismus noch gegen den Imperialismus einen wirklichen Kampf zu führen imstande sind. Die Spaltung würde der Einigung auf dem Fuße folgen, nur daß die geweckten Hoffnungen Enttäuschungen hinterlassen würden.

Es mag ein sehr bitteres Gefühl sein, daß die Einigung der „Opposition“ unmöglich ist und Arbeiter, die das Wesen der Gegensätze noch nicht verstehen, mögen sich momentan verärgert vom Kampfe zurückziehen. Darüber hilft ein Donnerwetter des „Volksfreunds“ und Gleichdenkender nicht hinweg. Niemand kann den Arbeitern die Arbeit des eigenen Kopfes, kann ihnen eigenes Denken ersparen, sie selbst müssen die Klarheit schaffen, indem sie sich für den einen oder den anderen Standpunkt entscheiden, denn nur von einem aus können sie entschieden, klar und konsequent handeln.

28. Februar.

Die Hamburger Linksradiكالen haben ihre eigene Organisation gegründet. Sie steht in bewußtem Gegensatz nicht nur zu den Sozialpatrioten, sondern auch zum Parteizentrum. Wie die Hamburger Linksradiكالen orientiert sind, zeigt eine Resolution, die die Grundlage zur Konstituierung der eigenen Organisation bildet, Sie hat etwa folgenden Wortlaut:

„Die Politik des 4. August ist ein Bestandteil der Politik des imperialistischen Bürgertums; die Vertreter dieser Politik sind daher als Klassegegner der Arbeiterschaft zu bekämpfen.“

Die sozialpazifistische Opposition des Parteizentrums und der Arbeiterschaft unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Politik des Sozialpatriotismus; sie ist, wie die Politik des 4. August, grundsätzlich zu bekämpfen, da sie durch ihre Illusionen der Schiedsgerichte und der Abrüstungen in den Arbeitern die Vorstellungen eines friedlichen Imperialismus erweckt und dadurch die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt.

Die Grundlage des Kampfes der Arbeiterklasse bilden die Massenaktionen, in deren Dienst auch der Parlamentarismus zu stellen ist.

Die Spaltung der Partei erfordert den organisatorischen Zusammenschluß aller Linksradiكالen zum Kampfe gegen Parteizentrum und Sozialpatriotismus und die Schaffung einer eigenen Presse; sie erfordert ebenso die Anbahnung der internationalen Verständigung der Arbeiterklasse auf dem Boden des grundsätzlichen Kampfes gegen den Imperialismus.“

Wir begrüßen den Schritt unserer Hamburger Freunde aufs herzlichste und hoffen, daß die große Mehrzahl der Hamburger Arbeiter sich hinter die neue Organisation stellen wird.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 10

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
: Amunberstraße Nr. 23. :

int. Institut  
Soc. Geschlechts  
Bremen, den 10. März 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,  
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

## Inhalt:

Vor der Entscheidung	Seite 73
An unsere Gesinnungsgenossen! Aufruf der S. S. D.	75
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen	77
Aus unserm politischen Tagebuch	79
Feuilleton:	
Der Berichterstatter. Von Iwan Turgenjef	80
„Des Thoren Urteil wirst du hören...“ Von Iwan Turgenjef	80
Rohlsuppe. Von Iwan Turgenjef	80

## Vor der Entscheidung.

Die Konferenz der „Opposition“ stellt die Linksradiكالen vor eine Entscheidung, die viel schwerwiegender ist, als man noch vor einigen Wochen annehmen konnte. Es gilt, der Lage kühl und klar in die Augen zu blicken und sie ohne alle diplomatischen Rücksichten darzustellen, damit sie die linksradiكالen Arbeiter rücksichtslos durchdenken. Wir haben nichts zu verheimlichen und brauchen Selbstverständigung.

Wie ist das Stärkeverhältnis in der „Opposition“? Mit Ausnahme weniger Orte steht die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter hinter der Arbeiterschaft. Nicht als ob diese Arbeiter ihren grundsätzlichen sozialpazifistischen Standpunkt teilen würden. Die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter ist aus Klasseninstinkt Gegnerin der Politik des 4. August. Sie lehnt diese Politik als das Aufgeben des Klassenkampfes ab. Aber die wirkliche Bewegung der oppositionellen Arbeiterschaft ist einstweilen nur zu einem kleinen Teile über das Stadium des Protestes gegen die Politik des 4. August hinausgegangen, sie hat sich erst sporadisch und spontan an einzelnen Orten zum Kampf gegen den Imperialismus aufgeschwungen. Das hat mancherlei Gründe. Die aktivsten Elemente, die Arbeiter vom 20. bis 40. Lebensjahr, stehen im Felde, die Arbeiterfrauen werden erst jetzt in großem Umfange durch die kapitalistische Arbeit zum Kampfe erzogen. Dieser Stand der objektiven Entwicklung bringt es mit sich, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft über das: was weiter? und wie weiter? — nachdenkt.

Die ungeheuren Probleme, vor die der Weltkrieg die Arbeiterklasse aller Länder stellt, die Notwendigkeit einer Neuorientierung in den neuen Bedingungen der Arbeiterbewegung, die der Imperialismus in den letzten 20 Jahren geschaffen, die aber erst im Kriege in aller Klarheit sich enthüllen, alle diese Fragen sind für die oppositionellen Arbeitermassen nicht nur nicht geklärt, sondern für ihre Mehrheit nicht einmal vorhanden. Ihr

Protest gegen die Politik des 4. August ist revolutionär-konservativen, nicht weiterbauenden Charakters. Diese Umstände geben der Arbeiterschaft ein Uebergewicht über uns. Das Zentrum schmachtet an der Zurückgebliebenheit des Bewußtseins der Arbeitermasse hinter den Änderungen des sozialen Seins. Wir linksradiكالen Pioniere bilden erst einen kleinen Teil der klassenbewußten Arbeiterschaft. Und selbst unter diesen Pionieren ist die Mehrheit, durch die mangelnde Praxis der Arbeiterschaft abgestoßen, erst auf dem Wege zum vollen Erfassen des Wesens der internationalen Krise des Sozialismus.

Dies sind auch die objektiven Quellen der Zauderpolitik, die wir oft an der stärksten Gruppierung der Linksradiكالen, an der Gruppe Internationale (Spartacus) in ihrem Verhältnis zum Zentrum kritisierten. Abgesehen davon, daß ihre aktivsten Führer in dieser Zeit nicht in ihren Reihen sind, was ihre Entschlossenheit oft hemmt, fragt sie sich, das hier Ausgeführte bedenkend, oft: ist die notwendige Trennung vom Zentrum momentan nicht verfrüht? Verfrüht in diesem Sinne, daß wir bei einer sofortigen Trennung nicht nur auf einen Teil der Arbeiterschaft verzichten müssen, die uns sonst in den Taten folgt, sondern daß selbst ein Teil unserer eigenen Anhänger uns nicht folgen würde, da sie noch Illusionen über die Wandlungsfähigkeit des Zentrums haben? Die Gruppe Internationale rechnet damit, daß der Abgrund, der zwischen dem Linksradiكالismus und dem Zentrum besteht, den Massen noch unbekannt ist, und daß sie ihn erst bei weiterer Verschärfung der Gegensätze erkennen werden.

„Die definitive Konstituierung kann nicht dekretiert werden, sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir durchlaufen haben“ — diese Worte, die Marx im Jahre 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über die deutsche Einheit geschrieben hat, scheinen die Grundlage der Haltung der Gruppe „Internationale“ dem Zentrum gegenüber zu bilden. Es schreckt sie das Schicksal einer propagandistischen Sekte ab.

Wir würdigen vollkommen die Bedenken der Gruppe „Internationale“ gegen die sofortige Konstituierung einer selbständigen linksradiكالen Partei, weil auch wir uns sehr gründlich mit uns selbst auseinandersetzen, bevor wir unsere Parole ausgeben und uns immerfort die Gründe für und gegen sie überlegen. Und trotzdem bleiben wir bei der Lösung. Wenn irgend etwas unsere Bedenken zu zerstreuen geeignet war, so die Kundgebung des Genossen Ledebour: „Ein Wort an die Jüngenden“